Zweites Rezessionsjahr steht bevor

Ampel uneinig über Wirtschaftspolitik

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN. Im Jahreswirtschaftsbericht legt die Bundesregierung zu Beginn jedes neuen Jahres ihr wirtschaftspolitisches Konzept vor, einen Plan für die ökonomische Zukunft. In der Ampel-Regierung gibt es jedoch wenige Tage vor der Veröffentlichung des diesjährigen Manifests noch immer unterschiedliche Meinungen über den richtigen Weg aus der Wachstumsschwäche – davon zeugen noch nicht geeinte Textpassagen, wie das Medienhaus Table.Media berichtete. So sperre sich Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) etwa gegen die FDP-Forderung, die Arbeitsanreize durch Reformen beim Bürgergeld oder bei Frühverrentungen zu verstärken. Heil will auch verhindern, dass die Regierung im Jahreswirtschaftsbericht verbesserte Zuverdienstregeln für Bürgergeld-Bezieher ankündigt. Denn das würde den Empfängerkreis ausweiten.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) legt den Bericht am kommenden Mittwoch vor. Die darin enthaltene Konjunkturprognose der Regierung liegt bei nur noch 0,2 Prozent Wachstum im laufenden Jahr. 2024 droht erstmals in der Nachkriegszeit ein zweites Rezessionsjahr. Habeck selbst nannte die Entwicklung „dramatisch schlecht“, Finanzminister Christian Lindner (FDP) bezeichnete sie als „peinlich und in sozialer Hinsicht gefährlich“. Ökonomen und Wirtschaftsverbände riefen die Regierung dazu auf, jetzt mehr zur Ankurbelung des Wachstums zu tun.

Doch die drei Ampel-Parteien haben auch weiterhin unterschiedliche Vorstellungen – diesmal zur Wirtschaftspolitik: Während SPD und Grüne vor allem die Schuldenbremse lösen wollen, um mehr öffentliche Investitionen anzuschieben, setzt die FDP auf Bürokratieabbau, geringere Steuern und Sozialreformen. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai forderte am Freitag eine klare Positionierung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). „Diese Debatte, die wir gerade führen, nämlich die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland, die ist von zentraler Bedeutung für unser Land“, sagte Djir-Sarai.

Die schwache Konjunktur schlägt sich in mehr Firmenpleiten nieder. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen lag 2023 mit 600.000 um sieben Prozent über dem Vorjahresniveau, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

„Eine Person hat das System gesprengt“

Kieler Krisenforscher macht im Untersuchungsausschuss früherem Landrat schwere Vorwürfe. Angehörige erinnern an Tote

VON BERND EYERMANN

Erinnerung an die Toten: Der Bildhauer und Aktionskünstler Dennis Josef Meseg hat vor dem Mainzer Landtag Figuren aufgestellt. FOTO: DPA

MAINZ. Es sind 135 in weißes Flatterband eingewickelte Figuren, die an diesem Freitagmorgen direkt vor der Zufahrt zum Mainzer Landtag aufgestellt sind. 135 – eine für jedes Opfer der Flutkatastrophe im Ahrtal. „Wir wollten nochmal Aufmerksamkeit für die Menschen erzeugen, die bei der Flutkatastrophe gestorben sind“, sagt Inka Orth dem GA. Sie hatte die Idee zu der Kunst-Installation in unmittelbarer Nähe zum rheinland-pfälzischen Parlament, wo an diesem Freitag wieder der Untersuchungsausschuss tagen wird. In der Flutnacht im Juli 2021 verloren sie und ihr Mann Ralph ihre Tochter Johanna in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

„Stumme Zeugen“ hat der Wesselinger Künstler Dennis Josef Meseg seine Installation genannt. Eng stehen die Figuren zusammen. Für Johannas Mutter auch ein Zeichen, „dass sich die Menschen gegenseitig stützen, so wie wir uns als Angehörige auch gegenseitig stützen“. In den vergangenen zehn Tagen habe er mit einem Team von acht bis zwölf Personen aus Schaufensterfiguren das Kunstwerk geschaffen, sagt Meseg. Die Farbe weiß, mit denen er die Figuren quasi eingekleidet hat, stehe für die Unschuld der Opfer. Dass ihre Augen verbunden sind, deute auf die Justiz hin, die unparteiisch entscheiden solle.

Inka Orth macht in dem Zusammenhang nochmal deutlich, dass für sie als Angehörige jetzt endlich eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft ansteht. Schon im November vorigen Jahres, als sie mit weiteren Angehörigen in Sichtweite des Landtags an die Verstorbenen erinnerte, forderte das Ehepaar Orth eine Anklageerhebung gegen den ehemaligen Landrat Jürgen Pföhler. „Er trägt die Hauptverantwortung für das, was nicht geschehen ist. Er hat nicht dafür gesorgt, dass die Bürger geschützt werden“, sagte Ralph Orth seinerzeit.

Ein Grundkurs Kunst der Jahrgangsstufe 12 des Mainzer Schlossgymnasiums, der sich gerade mit „Figürlicher Plastik“ beschäftigt, nutzt die Installation für einen Ausflug. Sichtlich betroffen schreibt eine Schülerin auf eine der drei kleinen Figuren, die Kinder symbolisieren sollen: „Ein Leben, welches zu schnell geendet ist …“ Sie habe den Satz notiert, weil das Kind noch das ganze Leben vor sich hatte, sagt die 18-Jährige. „Es konnte nichts machen. Echt schlimm.“

Ob die Installation später einmal im Ahrtal aufgebaut werden soll, ist noch nicht klar. Das sei jedenfalls eine Möglichkeit, heißt es am Freitag vor dem Landtag. Im Plenarsaal befragen derweil die Mitglieder des Untersuchungsausschusses den Kieler Krisenforscher Frank Roselieb. Und auch da geht es um den früheren Landrat.

Der 54-Jährige soll zu dem Ende November vorgetragenen Gutachten von Dominic Gißler befragt werden. Nach Einschätzung des 34-jährigen Berliner Professors für Führung im Bevölkerungsschutz hatte es an der Ahr erhebliche Mängel im Katastrophenschutz des Kreises gegeben. „Grundlegende Sachen waren nicht geregelt“, hatte Gißler festgestellt. „Man hätte Menschenleben retten können.“ Es sei aber unklar, wie viele.

Auch Roselieb will sich an diesem Morgen nicht festlegen. Nach seinem Simulationsmodell hätten es neun, acht oder auch fünf von zehn Personen gewesen sein können, die hätten gerettet werden können. Was für ihn aber klar ist: Es habe bei der Flutkatastrophe kein „Systemproblem“ gegeben. Gißler hatte erklärt, er sehe die grundlegende Ursache für „die dargebotenen Führungsleistungen“ im Katastrophenschutzwesen des Kreises Ahrweiler mit dem übergeordneten Bundesland Rheinland-Pfalz. Auch von einem „Systemproblem“ hatte er gesprochen.

„Nein“, so Roselieb, das Katastrophenmanagement in Rheinland-Pfalz sei seit Jahrzehnten eingeübt. Doch hier habe eine Person „als Systemsprenger agiert“. Der Krisenforscher meint Pföhler und wirft ihm konkret vor, sich selbst aus dem Spiel genommen und auch keinen Verwaltungsstab neben der Technischen Einsatzleitung eingerichtet zu haben. Damit habe es von drei Einheiten zur Krisenbewältigung nur eine gegeben.

Schon bei seiner ersten Befragung vor knapp zwei Jahren hatte Roselieb deutliche Defizite bei Pföhler ausgemacht und erklärt: „Die Hauptverantwortung lag beim Landrat.“

Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung und fahrlässigen Körperverletzung weiterhin gegen den Ex-Landrat und den von ihm eingesetzten ehrenamtlichen Leiter des Krisenstabs. Auf die Frage, wann eine Entscheidung über eine Anklageerhebung fällt, wollte der Leitende Oberstaatsanwalt Mario Mannweiler jüngst dem GA kein Zeitfenster nennen. Er verwies nur auf die Sitzung des Untersuchungsausschusses an diesem Freitag. Vielleicht hat sie die Justiz ja weitergebracht. Zumindest die Angehörigen würden es sich wünschen.

ZUM ENDE DER BEWEISAUFNAHME IM FLUT-UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Vorsitzender Haller: Auftrag erfüllt

Eigentlich hatte der Untersuchungsausschuss seine Arbeit im April vorigen Jahres beendet und geplant, bis Dezember den Abschlussbericht vorzulegen. Doch nachdem die Staatsanwaltschaft Koblenz ein Gutachten zu Führungsleistungen der Einsatzleitung im Kreis Ahrweiler während der Flutkatastrophe in Auftrag gegeben hatte, trat der Ausschuss im Herbst zusammen, um Gutachter Dominic Gißler zu befragen. Am Freitag kam nun noch Krisenforscher Frank Roselieb zu Wort.

Danach stand für das Gremium fest: „Der Untersuchungsausschuss sieht seinen Untersuchungsauftrag als erfüllt an“, wie Ausschusschef Martin Haller sagte. Zwei weitere von der AfD beantragte Gutachten zu „Hochwasservorsorge und Hochwasserrisikomanagement“ sowie zu Todesopfern seien mehrheitlich abgelehnt worden, so Haller.

Die CDU, die das Ende der Beweisaufnahme im Januar beantragt hatte, zeigte sich nach der Sitzung zufrieden. Das Gremium habe abschließend die politische Verantwortung auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen klären können, sagte ihr Obmann Dirk Herber. Ausschussvize Marcus Klein (CDU) wies darauf hin, dass es einen Bericht des Vorsitzenden geben wird, „zu dem die Fraktionen gegebenenfalls Stellung nehmen“.

SPD-Obmann Nico Steinbach nannte es „gut und richtig“, dass der Ausschuss entschieden habe, die öffentliche Beweisaufnahme zu beenden. Die Aufgabe sei, politische Verantwortung rund um die schlimmste Naturkatastrophe in der Geschichte des Landes gründlich und zügig zu klären, „aber eben nicht, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag inhaltlich nahezu identische Befragungen durchzuführen oder immer weiter Gutachten zu immer gleichen Themen anzuhäufen“, so Steinbach. Das werde auch dem Willen der Menschen im Ahrtal nicht gerecht. ye

„Mega peinliche“ Affäre nicht ausgestanden

Bundesverkehrsminister Wissing feuert einen wichtigen Abteilungsleiter wegen möglicher Vetternwirtschaft

VON HAGEN STRAUSS

Im Verkehrsministerium von Volker Wissing soll ein leitender Mitarbeiter einem befreundeten Lobbyisten eine Förderung verschafft haben. FOTO: DPA

BERLIN. Auch, wenn Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) harte Konsequenzen gezogen hat, in der Ampel ist man sich sicher, dass die Affäre um einen Abteilungsleiter noch lange nicht ausgestanden ist. „Mega peinlich“, hieß es in der Koalition am Tag nach dem Rauswurf des Leiters der Grundsatzabteilung. Er soll einem befreundeten Lobbyisten, „einem Urlaubsfreund“ eine millionenschwere Förderung für Wasserstoffprojekte verschafft haben.

„Mega peinlich“ deshalb, weil das Ministerium erst keine Anhaltspunkte für eine Verfehlung gesehen hatte. So kam nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe die interne Revision Ende vergangenen Jahres in einem Abschlussbericht zu dem Ergebnis, dass nach vorliegenden Unterlagen keine unzulässige Einflussnahme des Abteilungsleiters festzustellen sei. Nach dem „Handelsblatt“ berichtete dann kürzlich der „Spiegel“ über neue belastende E-Mails und Dokumente, die das Ministerium auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes ausgehändigt hatte. Diese Dokumente waren der Revision aber bei den internen Untersuchungen trotz Nachfragen vom zuständigen Referat nicht zur Verfügung gestellt worden. Aus der FDP-Fraktion hieß es, „mit voller Inbrunst“ sei der betroffene Abteilungsleiter verteidigt worden, „und jetzt das“.

Im Wissing-Ressort verweist man nun darauf, dass es sich um Vorgänge aus der Zeit des damaligen CSU-Verkehrsministers Andreas Scheuer handelt und auch der Betroffene ein CSU-naher Mann sei. Das Problem: Es gibt dem Vernehmen nach noch Hunderte E-Mails, die nun untersucht werden. Weitere brisante Erkenntnisse sind möglich.

Der Ampelpartner SPD fordert daher bereits mehr Klarheit von Minister Wissing. Fraktionsvize Detlef Müller sagte unserer Redaktion: „Bei dem Verfahren ist eine größtmögliche Transparenz geboten, da es hier um die Verwendung von Steuergeldern geht.“ Der Verkehrsexperte der Unionsfraktion, Florian Müller (CDU), betonte auf Nachfrage: „Die Innenrevision im Ministerium scheint zahnlos und die Hausführung ahnungslos.“ Wissing müsse nun „dringend Ruhe in sein Haus bringen“.

Dass der FDP-Mann dies will, belegt ein Schreiben seines Staatssekretärs Stefan Schnorr an die Vorsitzenden des Verkehrs- und Haushaltsausschusses des Bundestages, das unserer Redaktion vorliegt. Darin heißt es, man werde nicht nur die bewilligte Förderung „rechtlich untersuchen“. Betont wird in dem Schreiben nochmals, es gehe um Vorgänge vor Amtsantritt der jetzigen Bundesregierung – und damit auch aus der Zeit vor Verkehrsminister Wissing.

Der wiederum steht trotzdem weiter unter Druck. Es verlautete, die Affäre sei nun vor allem für die Grünen ein gefundenes Fressen, mit denen Wissing in der Ampel regelmäßig über Kreuz liegt. Hinzu kommt noch etwas anderes: Kolportiert wird, dass das Ministerium zu Beginn der Berichterstattung über die möglichen Verfehlungen hart gegen einzelne Medien und Journalisten vorgegangen sein soll. Trifft das zu, dann wohl zu Unrecht.

PERSONALIEN

■ Ein Ex-Informant des FBI ist in den USA Medienberichten zufolge unter dem Vorwurf festgenommen worden, Korruptionsvorwürfe gegen Präsidentensohn **Hunter Biden** (Foto) und dessen Vater erfunden zu haben. Der 43-Jährige sei am Flughafen von Las Vegas in Gewahrsam genommen worden, meldeten US-Medien am Donnerstag (Ortszeit) unter Berufung auf das Justizministerium. *dpa* / FOTO: DPA

■ Der ehemalige US-Präsident **Donald Trump** ist in einem Betrugsprozess zu einer Strafzahlung von mehr als 350 Millionen US-Dollar (etwa 325 Millionen Euro) verurteilt worden. Das teilte Richter Arthur Engoron am Freitag in New York mit. Zudem dürfe Trump drei Jahre lang kein Unternehmen im Bundesstaat New York führen. *dpa*

NACHRICHTEN

Sunaks Konservative erleiden Schlappe bei Nachwahlen

LONDON. Die konservative Partei des britischen Premierministers Rishi Sunak hat bei zwei Nachwahlen zum Parlament erneut heftige Pleiten kassiert. Die Tories verloren die Wahlkreise Wellingborough in Mittel- und Kingswood in Westengland trotz jeweils bisher großen Vorsprungs an die sozialdemokratische Oppositionspartei Labour. Damit haben die Konservativen in dieser Legislaturperiode bereits sechs Mandate in Nachwahlen verloren – so viele wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Großbritannien wählt in diesem Jahr ein neues Unterhaus. *dpa*

Griechenland erlaubt gleichgeschlechtliche Ehe

ATHEN. Das griechische Parlament hat mit großer Mehrheit die standesamtliche Ehe für gleichgeschlechtliche Paare verabschiedet. Das teilte das Parlamentspräsidium in Athen mit. 176 Abgeordnete im Parlament mit 300 Sitzen votierten für das entsprechende Gesetz, das die konservative Regierung unter Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis vorgelegt hatte. *dpa*